

**Bundesgeschäftsstelle**

Hülchrather Str. 4

50670 Köln

Tel.: 0221-925961-0

Fax: 0221-925961-11

E-Mail: [lsvd@lsvd.de](mailto:lsvd@lsvd.de)

Internet: [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

LSVD · Postfach 103414 · 50474 Köln

FDP-Bundesgeschäftsstelle

Bundesvorsitzender Christian Lindner

Reinhardtstraße 14

10117 Berlin

Berlin, 17.10.2017

**Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen**

Sehr geehrter Christian Lindner,

eine freie Gesellschaft muss es allen Menschen garantieren, jederzeit, an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden zu sein. Diskriminierung und Ausgrenzung sind zudem eine Gefahr für die Demokratie und schaden auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In Ihren Antworten zu unseren Wahlprüfsteinen versprechen Sie: „Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Fremdenhass. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft.“ Daher setzen auch Lesben, Schwule, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) große Hoffnungen auf die anstehenden Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen.

In jahrzehntelangen Kämpfen wurden Fortschritte bei der rechtlichen Anerkennung und gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTI erkämpft und gewonnen. Gleichzeitig werden sie im Alltag auch heute noch benachteiligt, verleugnet, beleidigt oder angegriffen. Ihre Grundrechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf körperliche Unversehrtheit und Nicht-Diskriminierung werden auch durch staatliche Politik eingeschränkt oder nicht vollständig garantiert.

Zugleich zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass eine zukünftige positive Entwicklung keineswegs selbstverständlich ist. Rechtspopulistische Homogenitätstheorien, völkische Ausgrenzungsideologien und religiös-fundamentalistische Bewegungen sind auch durch die Abwertung von LSBTI geprägt und gewinnen an Auftrieb. Diese Entwicklung betrachtet der Lesben- und Schwulenverband mit großer Besorgnis.

In den kommenden Jahren gilt es eine offene und demokratische Gesellschaft zu verteidigen und zu stärken. Wir möchten Sie daher bitten, bei den anstehenden Sondierungsgesprächen folgende Themen mit auf die Tagesordnung zu setzen:

Bank für Sozialwirtschaft  
Konto Nr. 708 68 00  
BLZ: 370 205 00  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE 3037020500  
0007086800

Steuer-Nr. 27/671/51328

VR 12282 Nz  
Amtsgericht Charlottenburg

Mildtätiger Verein - Spenden  
sind steuerabzugsfähig

Offizieller Beraterstatus  
im Wirtschafts- und Sozialaus-  
schuss der Vereinten Nationen

Mitglied im Deutschen Paritätischen  
Wohlfahrtsverband  
(DPWV)

Mitglied der International  
Lesbian, Gay, Bisexual, Trans  
and Intersex Association  
(ILGA)

Mitglied im Forum Menschen-  
rechte

- einen effektiven **Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von LSBTI-Feindlichkeit** u.a. mit einem Bund-Länder-Programm zum Monitoring, zur Prävention und zur Ahndung von lsbti-feindlich motivierter Hasskriminalität
- die **Ergänzung von Artikel 3, Absatz 3 im Grundgesetz** um die Merkmale der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität. Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Rechtspopulismus ist der verfassungsmäßige Schutz des bisher Erreichten ein dringendes Gebot der Stunde. Darüber hinaus wäre die Sichtbarkeit und Repräsentanz von LSBTI in unserer Verfassung ein klares Bekenntnis, dass sie zu dieser Gesellschaft gehören und ein Recht darauf haben, angst- und diskriminierungsfrei zu leben.
- eine **menschenrechtsbasierte Gesetzgebung zur Anerkennung der Geschlechtsidentität**. Diese ist angesichts des bestehenden Leidensdrucks für trans- und intergeschlechtliche Menschen sowie eines Reformstaus im Bereich des Transsexuellenrechts dringend anzugehen.
- die **rechtliche Anerkennung von Regenbogenfamilien**, d.h. insbesondere eine im Anschluss an die Eheöffnung folgerichtige Gleichstellung von Kindern, die in eine gleichgeschlechtliche Ehe hineingeboren werden, sowie die Modernisierung des Familienrechts, um die gelebte Familienrealität in Deutschland auch gesetzlich abzusichern
- die Umsetzung einer **menschenrechtskonformen LSBTI-inklusiven Flüchtlings- und Integrationspolitik**. Länder, in denen homosexuelle Handlungen strafrechtlich verboten und LSBTI Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt sind, dürfen nicht zu „sicheren Herkunftsstaaten“ deklariert werden.
- ein glaubwürdiges **weltweites Eintreten für Entkriminalisierung und Akzeptanzförderung** von LSBTI in der Auswärtigen Politik und Entwicklungszusammenarbeit

Es geht um Selbstbestimmung und Zusammenhalt, um Freiheit und Respekt für Vielfalt, kurz um die große Frage, in welchem Deutschland wir leben werden und wollen.

Bitte leiten Sie unser Schreiben auch an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Ihrer Partei an den Sondierungsgesprächen weiter.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen



Henny Engels  
LSVD-Bundesvorstand



Axel Hochrein  
LSVD-Bundesvorstand